

ber in Regierungen eingetreten sind, hinlänglich demonstriert – in Italien, Österreich, den Niederlanden und – in kleinerem Maßstab – Hamburg. Gescheitert sind die Rechtspopulisten häufig auch am Problem der Organisationsbildung, wo sie sich ganz auf das Charisma ihrer Führerfiguren verlassen haben, statt zu versuchen, dieses Charisma durch Institutionalisierung zu verstetigen.

Natürlich profitiert auch die Linke in der Bundesrepublik von den charismatischen Eigenschaften und populistischen Begabungen der beiden Hauptmatadore Gysi und Lafontaine. Zugleich verfügt sie jedoch durch die in Ostdeutschland gesellschaftlich fest verankerte und organisatorisch bestens vernetzte PDS über genügend Ressourcen, um im Wettbewerb mit den anderen Parteien zu bestehen und den irgendwann zu erwartenden Abgang von Gysi und Lafontaine aufzufangen. Wie die PDS in den ostdeutschen Bundesländern gezeigt hat, ist ein prag-

matischer Kurs der Machtbeteiligung durchaus möglich, ohne dass die populistische Zugkraft deshalb schwinden muss. Eine solche Gratwanderung setzt allerdings voraus, dass die Partei auf der Bundesebene in der Oppositionsrolle verbleibt. Würde sie auch dort in die Regierungsverantwortung einbezogen, wäre eine Fortsetzung der gegenwärtigen – innerparteilich schon jetzt heftig umstrittenen – Linie nicht mehr möglich. Die Linke müsste dann von Positionen abrücken, denen sie ihre populistische Mobilisierungsfähigkeit maßgeblich mitverdankt. Neben der Sozialdemokratie hätten davon vermutlich auch die bisher marginalisierten Rechtsparteien den Nutzen.



Frank Decker (*1964) ist Professor für Politikwissenschaft an der Universität Bonn. 2006 erscheint im VS VERLAG *Populismus. Gefahr für die Demokratie oder nützliches Korrektiv?* frank.decker@uni-bonn.de

Alain Touraine

Linker Populismus in Lateinamerika

Auch der großflächige Linksruck dürfte Lateinamerika kaum aus der Krise führen, stellt Alain Touraine nüchtern fest. Der Kontinent schein heute weiter davon entfernt zu sein, eine politische Lösung für seine sozialen Probleme zu finden als noch vor dreißig Jahren. Der Grund: Es gebe keine Verbindung zwischen den sozialen Bewegungen und den politischen Parteien.

Das Ergebnis mehrerer Wahlen in Südamerika in den letzten Monaten hat zahlreiche Beobachter dazu veranlasst, eine Entwicklung in Richtung einer Linken zu diagnostizieren, die weit von den nordamerikanischen Formen entfernt ist und sich auf soziale Bereiche stützt, die als »populär« bezeichnet werden könnten. Es erweist sich aber als wenig vorteilhaft, Begriffe zu verwenden, die für einen ganz

anderen Kontext geprägt worden sind. Die Sprache, die für ein parlamentarisches System geeignet ist, kann schlecht auf ein präsidentiales oder ein halbpräsidentiales System angewendet werden. Im Fall Lateinamerika habe ich gute Gründe, eine Auffassung zu verteidigen, die von der Mehrheitsmeinung weit entfernt ist. Dass Alan García die Wahlen in Peru gewonnen hat und Felipe Calderón in

formen durchzuführen, ist es Lateinamerika nie gelungen, aus einer konfusen Mischung von Nationalismus und Populismus herauszukommen – das bekannteste Beispiel dafür war der Peronismus –, was zu einem doppelten Misserfolg führte: dem Untergang oder dem Verschwinden des politischen Systems und dem Fehlen einer sozialen Umgestaltung. Dies konnte man bei der Krise in Argentinien 2001 feststellen, die nicht den Aufstand der Arbeiterklasse darstellte, sondern im Gegenteil den massiven Untergang der Mittelklasse.

Die politischen Ereignisse in den einzelnen Ländern des

Mexiko gewählt wurde, bedeutet sicherlich nicht, dass Lateinamerika sich nach rechts bewegt.

Meine These lautet, dass der Kontinent sich immer mehr von einem Modell entfernt, das zwar nicht parlamentarisch ist, sich aber wenigstens auf Oppositionsmechanismen zwischen Interessengruppen und verschiedenen Ideologien stützt. Lateinamerika scheint heute weiter davon entfernt zu sein, eine politische Lösung für seine sozialen Probleme zu finden als vor dreißig Jahren. Dies ist der wesentliche Punkt, um den es geht, und hier liegt der Misserfolg.

In Lateinamerika hat sich keine Verbindung zwischen den sozialen Bewegungen, die auf Arbeitern, städtischen Bezirken oder auch ethnischen Gruppen basieren, und den politischen Parteien herausgebildet, welche die sozialen Kämpfe eindeutig innerhalb eines sozialen Rahmens austragen lassen, den man zumindest formell als demokratisch bezeichnen könnte.

Wegen der Unfähigkeit, eine auf demokratischen Rechten basierende Politik zu schaffen und tiefgehende strukturelle Re-

kontinents deuten keinesfalls darauf hin, dass eine allgemeine Bewegung nach links eintreten könnte. Neuerdings drängt sich die Schlussfolgerung auf, die ganz im Gegenteil das dauerhafte und gründliche Scheitern einer starken sozialen Demokratie bedeutet. In diesem Sinne ist das Problem, das heute klar angepackt werden muss, das der Möglichkeiten einer neuen Politik des Abbruchs, die von Fidel Castro begründet worden ist und heute von Venezuela repräsentiert wird. Hugo Chávez hat angesichts dieses Modells die Chancen für einen viel radikaleren politischen und sozialen Voluntarismus, insbesondere im Gegensatz zu den Ländern Argentinien, Chile, Paraguay und Uruguay.

Über das politische Leben des Kontinents wird aber nicht in Venezuela entschieden. Trotz der Fortschritte nach seiner Wahl ist das Modell Chávez ein schwaches Modell der sozialen Umgestaltung, wenn man die enormen Ressourcen nach der radikalen Erhöhung des Ölpreises in Betracht zieht. Der Schlüssel für das politische Leben des Kontinents und die Fähigkeit, ein politisches und soziales

Modell zu entwickeln, das mit der außerordentlich schwierigen Situation fertig werden kann, ist ohne jeden Zweifel Bolivien. Es scheint eine allgemeine Übereinstimmung zu bestehen, das bolivianische Modell so zu übernehmen wie es ist, mit seiner Radikalität, seinem Nationalismus und seinem Heroismus und mit seinen Auswüchsen in Sprache und Aktionen. Ich denke, dass die politische Zukunft des Kontinents heute vor allem von Boliviens Möglichkeiten abhängt, ein Modell der sozialen Transformation aufzubauen und zu verwirklichen und zugleich unabhängig von der Rhetorik von Chávez zu bleiben.

Was Argentinien angeht, scheint es mir am einfachsten zu sein, wie bei den anderen Ländern den endgültigen Zusammenbruch des national-populistischen Modells der letzten Jahrzehnte anzuerkennen. Das Land beginnt, sich von der Katastrophe zu erholen, die seine Wirtschaft und seine Gesellschaft zerstört hat, ohne dass die erzielten Resultate wichtige Fortschritte auf dem Wege der Regierbarkeit gebracht hätten, da die Erholung auf drei Faktoren beruht: der starken Zunahme der Exporte nach China, der finanziellen Unterstützung durch Chávez und der schnellen Konzentration der Macht in den Händen von Kirchner.

Wenn Argentinien ein neues Entwicklungsmodell zu erfinden hätte, müsste dies mehr vom liberalen Typ sein, da der internationale Handel in der Wirtschaft eine große Rolle spielt und – vor allem – die Zukunft des Landes in großem Ausmaß von der Fähigkeit abhängt, politische, administrative und wirtschaftliche Eliten hervorzubringen. In Argentinien ist es ebensowenig möglich, von linken oder rechten Lösungswegen zu sprechen, da die Situation eher voluntaristische als liberale Lösungen erfordert, die nicht durch den Widerstand und die erweiterte Entscheidungskompetenz des Präsidenten ausgeglichen werden können.

Niemand kann den Triumph oder den Niedergang Lateinamerikas mit Sicherheit vorhersagen. Im Moment breitet sich nach der Rückkehr des Glaubens trotz der ungeheuren Schwierigkeiten ein Klima aus, das zwar nicht euphorisch, aber doch gemäßigt optimistisch genannt werden kann. Auf jeden Fall ist in Lateinamerika wieder ein Glaube an die Zukunft zu spüren. Und in diesem Sinne heißt die Schlussfolgerung, dass nur eine viel größere politische Radikalität als die in der jüngsten Vergangenheit den Ländern in Lateinamerika die Möglichkeit geben wird, zwei Lösungen zu vermeiden, die in Wirklichkeit eine große Gefahr in sich bergen: auf der einen Seite eine Regierung der liberalen Eliten, die sich auf eine globalisierte Weltwirtschaft stützen, und auf der anderen Seite eine sogenannte »neocastrische Illusion«.

Diese eher beunruhigende Schlussfolgerung passt aber nicht zusammen mit dem Bild, das ein wichtiges Land auf diesem Kontinent von sich hat: Chile, das sich immer weniger als zu Lateinamerika gehörig empfindet und nach dem berühmten Ausspruch des Ex-Präsidenten Lagos hofft, sich durch den Handel zwischen Ost und West bereichern zu können, wie es früher einmal die Republik Venedig getan hat. Die extreme Alternative für eine der möglichen Lösungen, nämlich die der erfolgreichen Globalisierung; die andere ist die, die trotz ihrer Zerbrechlichkeit in Bolivien Form annimmt. Heutzutage scheint es möglich zu sein, andere mögliche Lösungen zwischen diesen zwei zutiefst entgegengesetzten zu finden.

(Kurzfassung eines Beitrags aus NUEVO SOCIEDAD 2005)



Alain Touraine (*1925)
ist Soziologe und Forschungs-
direktor an der ÉCOLE DES
HAUTES ÉTUDES EN SCIENCES
SOCIALES in Paris.